

2023 / 2024

- 1stupa2324-B1: Englische Oberflächen für alle IT Systeme der Universität Bamberg
- 1stupa2324-B2: Ausrichtung der 4. Sitzung der Bayerischen Landesstudierendenrats
- 1stupa2324-B3: Initiativantrag gegen Antisemitismus
- 2stupa2324-B1: Los- statt Windhundverfahren bei Hochschulsportanmeldung
- 2stupa2324-B2: X ist nicht länger eine adäquate Kommunikationsplattform für eine weltoffene, wissenschaftliche, staatliche Einrichtung
- 2stupa2324-B3: Rückzugsräume an allen Uni-Standorten
- 2stupa2324-B4: Tarifvertrag JETZT!!
- 2stupa2324-B5: Gegen die Prekarität im wissenschaftlichen Hochschulbetrieb der Uni Bamberg

1stupa2324-B1: Englische Oberflächen für alle IT Systeme der Universität Bamberg

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 02.11.2023
- Antragsteller: Jochen Mehlich
- Status: in Bearbeitung durch die Universität
- Versandt am: 13.11.2023
- Empfänger: Büroleitung Präsidentenbüro, VPL
- Verantwortlichkeit: Kanzlerin

Antrag

Antragstext

Nach Auffassung des Studierendenparlaments der Universität Bamberg sind sämtliche für Studierende relevanten IT-Systeme im kompletten Umfang in deutscher und englischer Sprache anzubieten. Dies ist insbesondere beim IAM-Portal, dem Virtuellen Campus und dem UnivIS noch nicht der Fall. Das Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf, diese Versäumnisse umgehend zu beseitigen. Die internationalen Studierenden der Universität Bamberg verdienen eine sprachbarrierefreie Lernumgebung.

Begründung

Mit einem doch recht hohen Anteil an international Studierenden ist nicht gerade eine geringe Menge an Studierenden betroffen, welche nicht die volle Funktionalität der Plattformen verwenden kann.

Verlauf

- 29.11.2023: Zuständigkeit wurde mitgeteilt

Antrag	Zuständigkeit
Englische Oberflächen für alle IT-Systeme der Universität Bamberg	Kanzlerin

[StuPa]

1stupa2324-B2: Ausrichtung der 4. Sitzung der Bayerischen Landesstudierendenrats

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 02.11.2023
- Antragsteller: BayStuRa-Delegation
- Status: vollendet
- Versandt am: 13.11.2023
- Empfänger: Büroleitung Präsident, VPL
- Verantwortlichkeit: keiner

Antrag

Antragstext

Beantragt wird, dass der monatlich stattfindende BayStuRa im Monat Dezember an der Universität Bamberg stattfinden soll.

Zur BayStuRa treffen sich Studierendenvertretungen aus Bayern an einem Ort um über Angelegenheiten auf Landesebene zu Diskutieren.

Zur Vereinfachung der Ortsfindung für diese Sitzung empfiehlt es sich u.a. Räumlichkeiten der ERBA zu nutzen (Bsp. Aula oder größerer Seminarraum)

Verlauf

- Kenntnisnahme durch Unileitung: Veranstaltungsgenehmigung werden durch Raumantrag vergeben.

1stupa2324-B3:

Initiativantrag gegen

Antisemitismus

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 02.11.2023
- Antragsteller: RCDS, Änderungen durch Jusos
- Status: vollendet
- Versandt am: 13.11.2023
- Empfänger: Büroleitung Präsident, VPL
- Verantwortlichkeit: keiner

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament der Universität Bamberg möge beschließen, dass es öffentlich die Terroranschläge der Hamas verurteilt.

Das Studierendenparlament möge folgendes Statement verabschieden und öffentlich auf allen verfügbaren Kanälen posten:

„Wir verurteilen den terroristischen Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung und stellen uns eindeutig gegen Antisemitismus. Unreflektierte Demonstrationen, insbesondere an deutschen Hochschulen, welche mit der Hamas sympathisieren und antisemitische bzw. antizionistische Parolen verbreiten, kritisieren wir auf das Schärfste. Die Sicherheit der jüdischen Studierenden an den deutschen Hochschulen muss uneingeschränkt gewährleistet sein. Antisemitismus jeglicher Couleur hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.“

Begründung

Der Anschlag der terroristischen Hamas hat zu einer Eskalation der Gewalt in israelischen und palästinensischen Gebieten geführt. Auf beiden Seiten sterben seither unschuldige Menschen. Unter ihnen sind auch Kinder. Dabei ging der Angriff von der Hamas aus. Sie ermordeten bzw. ermorden unschuldige Menschen jeden Alters. Die entblößten Leichen von Menschen werden online zur Schau gestellt. Auf beiden Seiten leidet die Zivilbevölkerung unter dem aktuellen Konflikt. Ein solches Verhalten entbehrt jedweder Menschlichkeit und ist zweifelsohne zu verurteilen. Konflikte dürfen im 21. Jahrhundert keineswegs mittels Gewalt an unschuldigen Zivilisten ausgetragen werden. Leider sind an unseren deutschen Hochschulen antisemitische Tendenzen zu erkennen, die nun in einer Solidarität mit der terroristischen Hamas mündeten.

Verlauf

- 29.11.2023: Zur Kenntnis genommen durch Unileitung

2stupa2324-B1: Los- statt Windhundverfahren bei Hochschulsportanmeldung

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 23.11.2023
- Antragsteller: BAGLS
- Status: abgeschlossen
- Versandt am: 28.11.2023
- Empfänger: VPL
- Verantwortlichkeit: Nicole Rupp

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament beantragt, dass das Universitätssportzentrum das Windhundverfahren bei der Anmeldung zum Hochschulsport abschafft. Stattdessen soll ein Losverfahren eingeführt werden, bei dem alle Studierende, die sich innerhalb eines vorher festgelegten Zeitraums auf Kurse bewerben, ausgelost werden. So kann nach Ablauf des Zeitraums eine zufällige Teilnehmendenliste erstellt werden. Nach demselben Prinzip kann außerdem eine Warteliste erstellt werden, die ein faires Nachrücken ermöglicht. So soll allen Studierenden ein gerechterer Zugang zum Universitätssport ermöglicht werden.

Begründung

"Eine bayernweite Umfrage ergab, dass die Universität Bamberg den höchsten Anteil an Teilnehmenden an allgemeinen Hochschulsportkursen im Verhältnis zur Gesamtzahl der

Studierenden aufweist. Fast ein Drittel aller Studierenden nutzt das vielfältige Angebot des Hochschulsportzentrums."¹

Das Sportangebot an der Universität ist sehr beliebt und deswegen meist schnell ausgelastet. Studierende mit einer langsamen Internetverbindung oder anderen (technischen) Schwierigkeiten haben oft keine Chance, in die Sportkurse ihrer Wahl zu gelangen. Um einen gerechteren Zugang zu schaffen, der keinen erheblichen Mehraufwand darstellt, schlagen wir ein Losverfahren vor, bei dem alle Studierende, die sich innerhalb eines vorher festgelegten Zeitraums auf Kurse bewerben, ausgelost werden und so eine Teilnehmenden- wie Warteliste entsteht.

¹<https://www.uni-bamberg.de/sportdidaktik/hochschulsport/>

Verlauf

- 28.11.2023: VPL zur Besprechung zugesendet.
- 12.12.2023: Gespräch mit dem VPL und Weiterleitung des Antrags an das Universitätssportzentrum.
- 15.1.2024: Bitte um Gesprächstermin von Seiten des Universitätssportzentrums.
- Januar bis März: Terminfindung (gestaltet sich schwierig)
- 25.4.2024: Gespräch mit Leiter des Universitätssportzentrums Herr Prof. Dr. Voll und weiteren Zuständigen. Umsetzung des Antrags als nicht möglich erachtet.
- 2.5.2024: Aktueller Stand dem StuPa mitgeteilt. Einschätzung, dass weitere Investition in diese Thematik wenig aussichtsreich. Wer dennoch einen weiteren Anlauf in dieser Hinsicht wagen will, gerne bei den Vorsitzenden melden.

2stupa2324-B2: X ist nicht
länger eine adäquate
Kommunikationsplattform
für eine weltoffene,
wissenschaftliche, staatliche
Einrichtung

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 23.11.2023
- Antragsteller: Florian Knoch
- Status: in Vorbesprechung mit VPL
- Versandt am: ausstehend
- Empfänger: VPL (zur Vorbesprechung)
- Verantwortlichkeit:

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament fordert die Leitung und alle Organisationseinheiten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg auf, die Plattform X zu verlassen. Auf der Plattform wurden im vergangenen

Jahr substanzielle Veränderungen vorgenommen. Infolge dessen leidet die Plattform unter anderem unter fehlender Content Moderation, gezielter Diskreditierung von freien Medien und selektiver Benachteiligung von Konkurrenzplattformen. Sie bietet keinen sicheren Raum mehr für gesellschaftliche Minderheiten und treibt stattdessen offen Verschwörungserzählungen und antidemokratische Bestrebungen voran. Eine weltoffene, wissenschaftliche, staatliche Einrichtung wie die Universität Bamberg sollte diese Plattform nicht durch ihre eigene Präsenz legitimieren.

Verlauf

- 28.11.2023: VPL zur Besprechung zugesendet.

2stupa2324-B3:

Rückzugsräume an allen Uni-Standorten

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 23.11.2023
- Antragsteller: BAGLS
- Status: in Bearbeitung bei der Kanzlerin
- Versandt am: 4.5.2024
- Empfänger: Kanzlerin
- Verantwortlichkeit: Nicole Rupp

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament beantragt, dass an allen Uni-Standorten Rückzugsräume eingerichtet werden, die allen Studierenden innerhalb der Öffnungszeiten der Universität zur Verfügung stehen. Diese sollen mit angenehmen Sitz- und Liegemöglichkeiten ausgestattet sein, um ruhige Pausen zu ermöglichen.

Begründung

Viele Studierende haben oftmals von 8Uhr - 20Uhr Uni - ohne die Möglichkeit, dazwischen nach Hause zu gehen. Insbesondere Studierenden mit beispielsweise Schlafstörungen, Erschöpfung, anderen chronischen Erkrankungen oder auch psychische Erkrankungen ist es dadurch kaum möglich, das Studium ohne die Möglichkeit eines ruhigen Rückzugsortes angemessen zu bewältigen. Auch der Eltern-Kind-Raum ist als Ruheort nicht frei zugänglich und somit lediglich Studierenden, welchen einen Antrag samt Offenlegung einer Diagnose bei "Studium mit

Beeinträchtigung" stellen, vorbehalten.

Diese Räume sollen für alle gelten, um allen einen angenehmen Studiumsalltag und Möglichkeiten der Pause zu bieten.

Verlauf

- 28.11.2023: VPL zur Besprechung zugesendet.
- 12.12.2023: Besprechung mit dem VPL
- 30.12.2023: Besprechung des Antrags im Unileitungsgespräch
- 4.5.2024: Mail mit weiteren Informationen sowie Hintergründen des Antrags an die Kanzlerin versandt.

2stupa2324-B4: Tarifvertrag JETZT!!

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 23.11.2023
- Antragsteller: Timo Schmelz
- Status: in Vorbesprechung mit VPL
- Versandt am: ausstehend
- Empfänger: VPL (Vorbesprechung)
- Verantwortlichkeit:

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament der Universität Bamberg möge beschließen, dass es sich öffentlich für einen bundesweiten TVStud in der aktuellen Tarifrunde der Länder ausspricht.

Das Studierendenparlament möge folgendes Statement verabschieden und öffentlich auf allen verfügbaren Kanälen posten:

„In der aktuellen Tarifrunde der Länder unterstützen wir die Forderung nach einem Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud). Dieser würde dazu beitragen die finanzielle Lage der Tutor*innen und Hilfskräfte an den Universitäten und universitätsnahen Instituten zu verbessern. Der Staat sitzt auf der Arbeitgebenden Seite, muss seiner Vorbildsfunktion gerecht werden und die größte existierende Tariflücke im Öffentlichen Dienst schließen.“

Begründung

Studentische Beschäftigte fallen schon zu lange unter eine vom Staat geschaffenes Schlupfloch, dass diesem ermöglicht sie nicht nach Tarif zu bezahlen. Dadurch existiert die größte Tariflücke im öffentlichen Dienst (schätzungsweise 300.000-400.000 Angestellte). Durch die aktuelle Tarifrunde besteht die Möglichkeit diese Lücke zu schließen und damit die finanzielle Lage der Student*innen zu verbessern. Darüber hinaus können die weiteren Forderungen der TVStud Bewegung nach einer Mindestvertragslaufzeit und mehr Urlaubsanspruch dazu beitragen die dauerhafte Unsicherheit der Studierenden endlich zu beenden. Dass ein Tarifvertrag für Hilfskräfte keine Utopie ist, sondern auch funktioniert, zeigt das Beispiel Berlin. Dort gibt es schon seit 1986 einen TVStud, der nachweislich zu einer Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden gesorgt hat (Quelle: Studie „Jung, akademisch, prekär“)

Verlauf

- 28.11.2023: VPL zur Besprechung zugesendet.

2stupa2324-B5: Gegen die Prekarität im wissenschaftlichen Hochschulbetrieb der Uni Bamberg

Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 23.11.2023
- Antragsteller: Timo Schmelz
- Status: in Vorbesprechung mit VPL
- Versandt am: ausstehend
- Empfänger: VPL (Vorbesprechung)
- Verantwortlichkeit:

Antrag

Antragstext

Das Studierendenparlament der Universität Bamberg möge beschließen, dass es die Unileitung zur Solidarisierung mit dem TVStud auffordert.

Das Studierendenparlament fordert von der Unileitung sich öffentlich für einen Tarifvertrag für studentische Angestellte auszusprechen und ihre Kontakte zum bayrischen Staatsministerium für Wissenschaft zu nutzen, um sich dafür einzusetzen, dass Bayern seine Blockadehaltung gegen

einen TVStud im Interesse der Studierenden aufgibt.

Begründung

Studentische Beschäftigte fallen schon zu lange unter eine vom Staat geschaffenes Schlupfloch, dass diesem ermöglicht sie nicht nach Tarif zu bezahlen. Dadurch existiert die größte Tariflücke im öffentlichen Dienst (schätzungsweise 300.000-400.000 Angestellte). Durch die aktuelle Tarifrunde besteht die Möglichkeit diese Lücke zu schließen und damit die finanzielle Lage der Student*innen zu verbessern. Darüber hinaus können die weiteren Forderungen der TVStud Bewegung nach einer Mindestvertragslaufzeit und mehr Urlaubsanspruch dazu beitragen dauerhafte Unsicherheit der Studierenden endlich zu beenden. Dass ein Tarifvertrag für Hilfskräfte keine Utopie ist, sondern auch reell funktioniert, zeigt das Beispiel Berlin. Dort gibt es schon seit 1986 einen TVStud, der nachweislich zu einer Verbesserung für die Studierenden gesorgt hat (Quelle: Studie „Jung, akademisch, prekär“). Die Mehrheit der Vertreter*innen der Länder hat sich mittlerweile für eine Tarifierung ausgesprochen, allerdings vergessen einige im Zuge der Verhandlungen ihre Versprechungen und Bayern lenkt immer noch nicht ein. Diese Haltung muss sich ändern zum Wohle der Studierenden.

Verlauf

- 28.11.2023: VPL zur Besprechung zugesendet.